

„Die Franzosen haben den Ernst der Lage nicht begriffen“

Interview mit Martine Reicherts, vormalige Sprecherin der EU-Kommission und heute Direktorin des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der EU (OPACE)

forum: Vor zehn Jahren haben Sie sicherlich einen der wichtigsten Momente Ihrer Karriere erlebt: den Sturz der Kommission Santer. Sie waren damals Sprecherin der Kommission. Wie haben Sie die Zeit persönlich erlebt?

Martine Reicherts: Im Nachhinein habe ich nicht das Gefühl, dass das alles so schwer war. Es war enorm spannend und ich glaube, dass wir alle nur im Nachhinein verstanden haben, was überhaupt geschehen ist. Das ist übrigens ein Teil des Problems: in solchen Situationen verliert man an Distanz und lebt in einer seltsamen Welt, in der die Dinge fast automatisch weiterlaufen, trotz oder wegen des enormen Stresses.

Ist es ein allgemeines Phänomen, dass die Selbstwahrnehmung durch Beschleunigung und Überstürzung leidet und Probleme nicht korrekt wahrgenommen werden?

M. R.: Ich würde diese Frage im Nachhinein mit Ja beantworten. Und das ist, glaube ich, auch eine der Ursachen, warum es so schwierig ist, eine richtige Krisensituation zu bewältigen. Man hat keine Zeit mehr für Distanz und ist durch all das Emotionale vollkommen überfordert.

Welche konkreten Fehler wurden darüber hinaus seitens der Kommission gemacht?

M. R.: Fehler ist ein Wort, das ich eigentlich nicht gerne benutze, weil ich der Meinung bin, dass die Menschen im Grunde genommen keine Fehler bege-

hen, sondern ihre Handlungen einfache logische Konsequenzen von vorhergehenden Situationen sind. „Blame“ und „shame“ ist etwas, womit ich meine Schwierigkeiten habe. Durch das institutionelle Spiel Kommission, Parlament und Rat entstehen Situationen, die man nicht vorhersehen kann, man weiß nicht was geschehen kann oder wird.

„Für mich ist Delors mit seiner Persönlichkeit, mit seiner Umgebung und auch mit der Rolle, die er der Kommission gegeben hat, Grundstein der Krise.“

Im Nachhinein weiß man, dass die Politisierung der Entlastung auf Initiative der Kommission durch das Parlament wahrscheinlich eine Fehlentscheidung war. Aber in dem Augenblick ging es wahrscheinlich nicht anders, ansonsten hätte irgendjemand etwas anderes in Gang gesetzt. Für mich ist es wie eine Chronologie, ein Ablauf von Handlungen, bei der die eine mit der anderen so verwoben ist, dass es fast nicht anders hätte kommen können.

Zu welchem Moment hat das Verhängnis denn seinen Lauf genommen?

M. R.: Für mich ist Delors mit seiner Persönlichkeit, mit seiner Umgebung und auch mit der Rolle, die er der Kom-

mission gegeben hat, Grundstein der Krise. Die Kommission unter Delors war in einer Weise mächtig geworden, mit der verschiedene Mitgliedstaaten und das Parlament nicht einverstanden waren. Es ist interessant zu sehen, dass diese Krise 10 Jahre später noch immer nicht ganz überwunden ist. Das Gleichgewicht zwischen den Institutionen hat sich vollkommen verändert.

Die ganze Krise hatte somit eigentlich nichts mit Jacques Santer zu tun oder mit seinem Umfeld. Für mich stand diese Krise schon irgendwie in den Sternen, um es jetzt mal so zu sagen. Weil, ehrlich gesagt, diese Cresson-Sache, das kann man 10 Jahre später ja sagen, war wirklich eine Kleinigkeit und ich glaube dieser Zahnarzt war nur ein Vorwand.

Meiner Ansicht nach handelte es sich eindeutig um ein politisches Spiel zwischen den drei Institutionen, und die Mitgliedstaaten haben diesem Spiel zugeschaut und nicht eingegriffen. Auf Seiten des Parlaments war man sich wahrscheinlich gar nicht bewusst, wohin dieses Spiel führen konnte.

Demnach hätte das Parlament den Aufstand geübt, nicht nur um die Kommission zu schwächen, sondern auch um das institutionelle Gleichgewicht wieder herzustellen?

M. R.: Ja, und für mich hat das auch etwas sehr demokratisches. Die Konsequenzen waren enorm. Im Lissabon-Vertrag ist zum Beispiel vorgesehen, dass das Parlament die Kontrolle über

den gesamten Haushalt übernimmt und wahrscheinlich wird es auch nicht dabei bleiben. Vielleicht war diese Machtprobe vor 10 Jahren der erste Schritt auf diesem Weg. Aber das werden wir erst in 15, 20 Jahren sehen.

Sie haben gerade gesagt, dass die Geschichte mit Cresson wahrscheinlich eine Kleinigkeit gewesen sei. Wie stand es mit Echo und den fiktiven Verträgen mit der Firma Perry Lux, aus der u.a. Bedienstete in Brüssel finanziert wurden. Welche Bedeutung hatte das?

M. R.: Ja, das stimmte, aber die ganzen Prozeduren waren schon angelaufen und die Verträge wurden aufgelöst. Die Probleme waren zu diesem Zeitpunkt schon sechs, sieben Jahre alt und zu Santer's Zeiten vorbei. Diese Vorkommnisse wurden dann aber hochgespielt.

Welche Rolle spielte der Ausschuss für Haushaltskontrolle unter der CDU-Abgeordneten Diemut Theato, der den Druck auf die Kommission kontinuierlich erhöhte?

M. R.: Mit Frau Theato haben wir eigentlich ganz gut zusammengearbeitet. Aber es kam ein Zeitpunkt, wo die Eigendynamik im Parlament so stark wurde, dass keiner mehr zurück konnte. Auch die Mitgliedstaaten haben völlig unterbewertet, was die Folgen sein konnten. Santer ist damals zu Chirac und Jospin gegangen und hat gefragt, ob wir nicht eine Lösung finden könnten, damit die sogenannte Cresson-Situation geregelt werden konnte.

Also ein Rücktritt nur von Frau Cresson?

M. R.: Nicht unbedingt ein Rücktritt, aber man hätte eine politische Lösung finden können, indem Frau Cresson etwa eine andere Position bekommen hätte. Das richtet man ja auch in anderen Mitgliedstaaten oft so ein. Aber die Franzosen haben den Ernst der Lage einfach nicht begriffen. Für sie war das, was Frau Cresson vorgeworfen wurde, eine Kleinigkeit.

Der Punkt, der alles entschied, war die Einsetzung eines Rates der Weisen, der die Gesamtsituation untersuchen und beurteilen sollte. Hat die Kommission sich da mit der Strategie verkalkuliert?

M. R.: Der Rat der Weisen war eine Idee des Parlaments. Es ist natürlich immer sehr schwierig, dem Parlament in solch einer Situation Nein zu sagen. Politisch konnte Santer nicht Nein sagen. Es

hätte ja eine gute Idee sein können. Das Schlimme an diesem Bericht war auch nicht sein Inhalt, denn auch hier gab es keine neuen Anschuldigungen. Auch hier tauchten Perry Lux und andere alte Fälle wieder auf. Aber wir waren ja dabei, diese Fälle mit den internen Prozeduren der Kommission zu lösen. Auch die Polizei war schon eingeschaltet worden. Das eigentliche Problem waren die Schlussbemerkungen.

„Auf Ebene der Sprecher sind wir in eine Situation geraten, wo wir weder die Hilfe der Politiker noch die Hilfe der Journalisten hatten.“

Der damalige Präsident des Parlamentes, José-Maria Gil-Robles, hatte Santer eingeladen und ihm die erste Fassung des Berichts zum Lesen gegeben. Als Santer zurückkam, war er eigentlich ganz entspannt. Was wir jedoch nicht gesehen hatten, das waren die letzten Seiten, d. h. das Schlusswort, und diese Seiten waren tödlich. Die Worte Vetterwirtschaft usw. standen dort drin, nicht im Bericht. Hatten Sie das Gefühl, dass man die Kommission bewusst in die Irre geführt hatte?

M. R.: Das würde ich nicht sagen. Das eine bringt das andere mit sich, besonders wenn so schnell gearbeitet wird. Ich glaube, die zwei, drei Seiten wurden über Nacht geschrieben und bis heute weiß niemand so recht, wer sie verfasst hat.

Der Bericht führte dazu, dass die Presse sich eindeutig gegen die Kommission stellte. Sie waren damals Pressesprecherin. Welche Rolle haben die Medien in diesen Monaten gespielt?

M. R.: Es gab damals etwa 2 000 akkreditierte Journalisten in Brüssel. Mit 95% von ihnen waren die Beziehungen gut. Aber es gab 5%, die ihren Beruf darauf aufgebaut hatten, solche Geschichten zu benutzen. Eigentlich waren es nur vier oder fünf Journalisten, die da mitgemischt haben. Aber in einer Demokratie kann es passieren, dass vier oder fünf Leute eine Entscheidung beeinflussen können und das war hier der Fall. In Brüssel kommt ein anderes Problem hinzu, das die nationale Presse nicht kennt: Die Sprecher können keine Allianzen aufbauen. In einem nationalen

System ist es so, dass die Politiker den Kontakt mit Journalisten abbrechen können, die es übertreiben.

Welchen Rat würden Sie jemandem in einer solchen Situation geben?

M. R.: Weglaufen! (lacht) Der Sprecher ist ja an einer Schnittstelle und muss mit den Journalisten, den Kommissaren und dem Präsidenten der Kommission zusammenarbeiten.

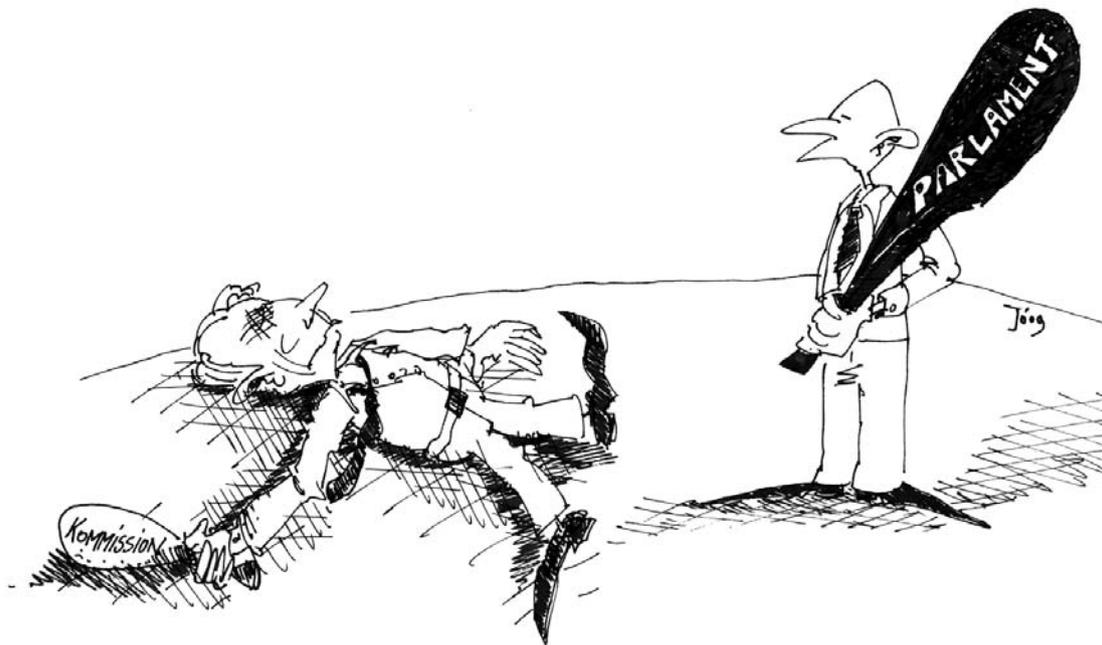
Auf Ebene der Sprecher sind wir in eine Situation geraten, wo wir weder die Hilfe der Politiker noch die Hilfe der Journalisten hatten. Wir befanden uns in einer Zwickmühle. Die Journalisten wollten immer mehr Informationen und die Politiker hatten eine solche Angst, etwas herauszurücken, dass die Situation unmöglich wurde. Wenn die Journalisten schon über die Antworten verfügten und die Sprecherin nicht, entstanden natürlich peinliche Situationen.

Sie sollen, als der Rücktritt der gesamten Kommission, inklusive Jacques Santer, und nicht nur Edith Cressons zur Debatte stand, mit den Worten reagiert haben: „Mais c'est un saint homme qui serait sanctionné“.

M. R.: Habe ich das wirklich gesagt?

War er ein „Heiliger“, der nicht wusste, was ihm geschah?

M. R.: Nein, Santer hatte es schon richtig verstanden. Der Satz scheint mir deshalb auch kaum von mir zu stammen. Jacques Santer ist nicht heilig, auf jeden Fall noch nicht. Jeder weiß, dass ich eine sehr enge Beziehung zu Santer habe und ihn als Mensch und Politiker respektiere. Aber ihn als „Heiligen“ zu bezeichnen, geht doch etwas zu weit. Er hat sehr schnell verstanden, wie kritisch die Situation war. Und ich habe vorhin erwähnt, dass er extra nach Paris gefahren ist, um eine Lösung herbeizuführen. Er hat auch mit dem deutschen Kanzler geredet. Er hat die Kontakte geknüpft, um aus dieser Krise herauszukommen. Naiv ist er wirklich nicht und nie gewesen. Seine Einschätzung der Krise war richtig und auch seine Analyse war richtig. Er ging davon aus, dass die Kommission als Kollegium Verantwortung trage und niemand alleine gehen könne. Santer hat Cresson immer unterstützt, nicht weil es Frau Cresson war, sondern weil für ihn die institutionelle Rolle der Kommission eine kollegiale ist. Der Hintergrund ist folgender: Damals war



es Frau Cresson, eine Kommissarin aus Frankreich, morgen hätte es dann den Kommissar eines kleinen Landes treffen können, der sich dem Druck dann nicht hätte entziehen können. Wenn aber das Parlament gezwungen ist, die gesamte Kommission zu stürzen, dann ist das eine ganz andere Angelegenheit! Das hatte Santer wirklich sofort verstanden und dann auch verhindert. Ob die anderen Kommissare das so klar sahen, da habe ich meine Zweifel. Santer hat einen großen Vorteil: Er ist kein Egoist im politischen Sinne. Er hat während der ganzen Krise, und das bewundere ich, immer institutionell überlegt, nie persönlich. Und dafür hat er persönlich im Nachhinein zahlen müssen.

Ist der Ruf des europäischen öffentlichen Dienstes heute besser als damals?

M. R.: Nein. Das ist auch eine interessante Beobachtung: Verschiedene Institutionen haben immer noch nicht verstanden, dass der europäische Bürger nicht unterscheidet zwischen Rat, Parlament, Rechnungshof usw. Die arbeiten doch alle in Brüssel! Der Ruf der Institutionen und nicht nur der Beamten hat sich nicht verbessert. Ich hoffe, dass es bei den nächsten Wahlen besser wird. Aber ich habe nicht das Gefühl, dass der Bürger wirklich versteht und dem Bürger speziell erklärt wird, auch von den nationalen Politikern nicht, was die

tatsächlichen Rollen der europäischen Institutionen sind – aus den Gründen, die wir alle kennen. Wenn etwas negativ ist, kommt es aus Brüssel, aber wenn Erfolg sich einstellt, dann hat es der nationale Politiker gerichtet. Interessant ist ebenfalls, dass auch die Beamten darunter gelitten haben. Ich kenne sehr viele, die nicht mehr unbedingt stolz darauf sind, bei den Institutionen zu arbeiten. Das finde ich schade. Denn wenn die eigenen Leute nicht mehr stolz auf ihre Arbeit sind, wird es schwierig sein, europäische Ideen voranzubringen.

Haben die großen Verwaltungsreformen der letzten Jahre dieses Bild nicht verbessern können?

M. R.: Die Reformen liegen noch nicht weit genug zurück, um das beurteilen zu können.

Eine der Reformen nach 1999 bezog sich auf die Antibetrugseinheit UCLAF, heute OLAF. Ist diese Reform ein Erfolg gewesen?

M. R.: In allen Institutionen muss es Kontrollinstanzen geben, doch wir müssen aufpassen, dass Betrugsbekämpfung nicht das wichtigste Anliegen wird und wir irgendwann an einen Punkt kommen, wo OLAF, Rechnungshof, die Budgetleute und das Parlament sich gegenseitig im Wege stehen. Irgendwann müssen wir uns klar werden, wieviel Kontrolle wir überhaupt brauchen.

Welchen Rat würden Sie einem europäischen oder auch luxemburgischen Staatsmann geben, der heute in Brüssel Verantwortung übernehmen müsste?

M. R.: Ich habe eine sehr einfache „message“: Wir haben 1952 mit Kohle und Stahl begonnen. Danach sind wir eine Wirtschaftsunion eingegangen, haben unsere Industrien zusammengelegt, dann einen Binnenmarkt aufgebaut, schließlich eine Währungsunion aus der Taufe gehoben. Heute ist es an der Zeit, ein Europa der Bürger zu machen. Aber nicht auf dem Papier, nicht als Slogan. Das ist sehr schwierig. Ich sehe das tagtäglich in meinem Beruf. Europa den Menschen zu erklären, ist sehr wichtig, aber im Augenblick auch sehr schwierig. Es muss auch überlegt werden: was wollen die Bürger? Und nicht: was will die Industrie, was wollen die Banken? Man muss den Kontakt mit den Menschen behalten.

Vielen Dank für das Interview! ♦

(16. Januar 2009, JST)